



Andreas Jung MdB
Hofhalde 12

78462 Konstanz

Konstanz, den 9. Juni 2021

Offener Brief an den Bundestagsabgeordneten Andreas Jung

Einsatz für afghanische Ortskräfte

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Jung,

sämtliche Truppen, darunter auch die Deutsche Bundeswehr, verlassen in den nächsten Wochen Afghanistan. Afghanische Ortskräfte, Dolmetscher, Fahrer, Reinigungskräfte oder Handwerker, die für deutsche Behörden und Organisationen tätig waren, schweben in Lebensgefahr. Auch ihre Familien drohen von den Taliban angegriffen und misshandelt zu werden, um Eltern, Brüder oder Onkel für deren Kooperation mit dem Westen zu bestrafen.

„Wir lassen unsere afghanischen Mitarbeiter nicht im Stich“ - so lautete das Versprechen der Bundesregierung. 380 Mitarbeitende haben bislang nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes die Zusage für eine Aufnahme in Deutschland erhalten, mehr als 400 der noch oder ehemals bei der Bundeswehr beschäftigten Ortskräfte haben einen entsprechenden Ausreiseantrag gestellt. Aber nur aktuell bei der Bundeswehr oder bei anderen deutschen Organisationen Beschäftigte sowie solche, deren Kündigung nicht länger als zwei Jahre zurückliegt, können sich Hoffnung auf eine Ausreise machen. Viele Aufnahmeanträge wurden und werden abgelehnt. Zweifelhaft ist derzeit, ob die Ortskräfte rechtzeitig und zeitgleich mit Abzug der Bundeswehr Afghanistan verlassen können. Denn sie benötigen nicht nur ein Visum, sondern müssen sich zudem selbst um einen Flug in Richtung Deutschland kümmern und diesen auch bezahlen.

Vor dem Hintergrund der großen Gefährdung von Familien, die über Jahre zuverlässig und loyal das Engagement der Bundesregierung in Afghanistan unterstützt haben, bittet Sie die Kreistagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen und die Gemeinderatsfraktion der Freien Grünen Liste Konstanz, dass Sie sich für die Forderungen aus dem offenen Brief von 80 Offizieren, WissenschaftlerInnen und DiplomatInnen mit starkem Afghanistanbezug und den Forderungen von Pro Asyl einsetzen:

- Zügige und unbürokratische Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes ohne eine zu sehr ins Detail gehende Einzelfallprüfung.

- Öffentliche Verbreitung von Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren auch für ehemalige Ortskräfte in Afghanistan.
- Der Kreis der Gefährdeten muss größer gefasst werden.
- Verzicht auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragsteller*innen unzumutbar sind.
- Verzicht auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren.
- Proaktive Kontaktaufnahme mit den Ortskräften, anstatt sie unter Gefahren ein Kontaktbüro aufsuchen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen Landkreis Konstanz und die Gemeinderatsfraktion der Freien Grünen Liste Konstanz

Für die Fraktionen



Saskia Frank und Christiane Kreitmeier

Fraktionssprecherinnen Kreistag
Bündnis90/Die Grünen



Gisela Kusche & Normen Küttner

FraktionssprecherInnen Gemeinderat
FGL Konstanz